

Österreich im aktuellen Standort-Check

Vorhandene Potenziale nutzen

In der ersten Jahreshälfte liegt Österreich im internationalen Standort-Ranking weiterhin im oberen Mittelfeld. Im Erfolgsindex hat sich Österreich allerdings leicht auf nunmehr 95 Punkte verschlechtert, was gleichbedeutend mit einem Abrutschen um eine Position auf Rang 8 ist. Der im Aktivitätsindex erzielte Punktwert ist dagegen mit knapp 88 Punkten nahezu konstant geblieben, so dass hier der 12. Platz unter den 21 wichtigsten Industrienationen gehalten werden konnte.

Insgesamt weist der Trend der wirtschaftlichen Performance Österreichs in den letzten Jahren leicht nach unten. Nachdem noch im Jahre 2001 mit gut 98 Punkten die Schwelle zum „grünen Bereich“ des Erfolgsindex fast erreicht war, ging es seitdem wieder ein wenig abwärts. Der Blick auf die Gesamtentwicklung sollte zwar nicht darüber hinwegtäuschen, dass in manchen Bereichen durchaus Erfolge erzielt und sogar Spitzenpositionen im internationalen Vergleich gehalten wurden. Auf anderen Gebieten besteht aber teils erheblicher Nachholbedarf.

Dynamischer Arbeitsmarkt

Im Vergleich zum Internationalen Standort-Ranking, das die Bertelsmann Stiftung im Oktober 2004 veröffentlicht hat, ist die Erwerbstätigkeit in Österreich - nach absoluten Rückgängen in den beiden Vorjahren - deutlich gestiegen. Fast schon traditionell erfreulich ist in Österreich auch der Blick auf die standardisierte Arbeitslosenquote: Im Jahre 2004 waren nur 4,5 Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung arbeitslos gemeldet, wenn auch die Tendenz seit 1999 leicht ansteigend ist. Bedenkt man dass in jeder Volkswirtschaft aufgrund friktioneller und saisonaler Effekte eine gewisse Sockelarbeitslosigkeit besteht, so kann damit in Österreich - zumindest, in der Gesamtschau - nahezu von Vollbeschäftigung gesprochen werden.

Positiv sticht auch die bemerkenswert geringe Jugendarbeitslosigkeit hervor. Österreichische Jugendliche profitieren vom dualen Ausbildungsmodell, das - ähnlich wie in Deutschland theoretisches Rüstzeug und praktische Erfahrungen während der Ausbildungszeit verknüpft. Unter anderem diesem Umstand ist es zu verdanken, dass die Arbeitslosenquote der 15- bis 24-Jährigen die allgemeine Arbeitslosenquote im Jahre 2003 nur leicht übertraf, während sie in vielen anderen Ländern teilweise deutlich darüber liegt.

Aus beschäftigungspolitischer Sicht ist die hohe Flexibilität des österreichischen Arbeitsmarktes hervorzuheben. Aufgrund des äußerst lockeren Kündigungsschutzes wird es den Unternehmen leicht gemacht, sich bei Bedarf von Arbeitskräften zu trennen bzw. neue einzustellen. Ein Jobwechsel ist für Arbeitnehmer in Österreich keine.

Seltenheit - Langzeitarbeitslosigkeit hingegen schon: 2003 war weniger als ein Viertel aller Jobsuchenden länger als ein Jahr ohne Beschäftigung. Längere Jahresarbeitszeiten pro Beschäftigtem als beispielsweise in Deutschland halten zudem die Lohnstückkosten niedrig. Die Entsenderichtlinie der EU, über die auch in Deutschland hitzig diskutiert wurde, hat die österreichische Regierung hingegen umfassend umgesetzt und auf alle Branchen ausgedehnt.

Investitionen und Einkommen steigen

Nicht nur diese Zahlen spiegeln die positive wirtschaftliche Entwicklung in der Alpenrepublik wider. Auch das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (in Kaufkraftparitäten) war 2004 in Österreich höher als in Großbritannien und lag auf gleichem Niveau wie das dänische BIP. Hinsichtlich Investitionstätigkeit und Streikhäufigkeit erreicht das Land ebenfalls hervorragende Ergebnisse. Mittlerweile wird nur noch

in Japan seltener gestreikt als in Österreich - sicher auch eine Folge der gut funktionierenden Sozialpartnerschaft im Land.

Die Privatisierung staatlicher Betriebe wird in Österreich seit einigen Jahren verstärkt angegangen. Die als Beteiligungsgesellschaft fungierende Österreichische Industrieholding AG (ÖIAG) hat mittlerweile zahlreiche Staatsunternehmen erfolgreich an die Börse gebracht. Der Verkauf von Konzernen

wie dem Stahlriesen Voestalpine oder von Teilen der Erdölgesellschaft OMV spülte mehr als fünf Milliarden Euro in die staatlichen Kassen, die zur Schuldentilgung verwendet wurden.

Kaum Chancen für Ältere

Trotz der Privatisierungsbemühungen leistet sich Österreich allerdings nach wie vor einen aufgeblähten öffentlichen Sektor, dessen Umfang etwa der Hälfte des BIP entspricht. Dies ist eines der wesentlichen Mankos der österreichischen Volkswirtschaft. Die eigentlich wünschenswerte nachhaltige Senkung der Staatsquote kommt seit Jahren nicht voran. Im Jahre 2004 zeichnete der Staat für die Hälfte aller Ausgaben verantwortlich womit Österreich um 5 Prozentpunkte über dem Durchschnitt der im Standort-Ranking erfassten Nationen liegt. In der Republik Irland, dem Spitzenreiter im Erfolgsindex, liegt die Staatsquote beispielsweise um 15 Prozentpunkte niedriger.

Alarmierend ist auch der Blick auf die Beschäftigungssituation älterer Menschen. In Österreich sind nicht einmal 30 Prozent der 55- bis 64-Jährigen auf dem Arbeitsmarkt aktiv, während beispielsweise in der Schweiz zwei Drittel dieser Altersgruppe in Arbeit sind oder Arbeit suchen. Vor diesem Hintergrund ist es umso bedenklicher, dass trotz der geringen Arbeitsmarktpartizipation Älterer die Arbeitslosenquote der 55- bis 64-Jährigen um fast 2 Prozentpunkte höher als die allgemeine Arbeitslosenquote liegt; nirgendwo sonst ist dieser Unterschied so groß.

Zudem hat die Republik als relativ exportorientiertes Land besonders unter der zuletzt lahrenden Weltkonjunktur zu leiden. Die so genannte Outputlücke, also die Abweichung des tatsächlichen BIP vom Produktionspotenzial, drückt die Platzierung Österreichs im Aktivitätsindex schon seit einigen Jahren kräftig nach unten. Für die schlechte Konjunktur dürfte allerdings nicht zuletzt auch die seit Jahren andauernde ökonomische Schwäche des größten Handelspartners Deutschland verantwortlich sein, der ca. ein Drittel der Ausfuhren Österreichs abnimmt.

Renten- und Steuerreform

Die österreichische Regierung hat sich in den vergangenen Jahren reformfreudig gezeigt. So wurde gegen den Widerstand großer Teile der Bevölkerung eine Rentenreform eingeleitet, welche die Rentenversicherungsträger angesichts der demografischen Herausforderungen zukunftssicher machen soll. So werden nun nicht mehr nur die 15 Arbeitsjahre mit dem höchsten Verdienst, sondern die gesamte Lebensarbeitszeit als Basis für die Berechnung der individuellen Rentenhöhe angesetzt. Außerdem wurde das allgemeine Renteneintrittsalter auf 65 Jahre angehoben. Belastet werden somit weniger die aktuellen als vielmehr die künftigen Rentner, welche sich auf bis zu 25% niedrigere Pensionsbezüge einstellen müssen. Für die Zukunft ist zudem geplant, die beiden Alterssicherungssysteme für Angestellte und Beamte zu harmonisieren.

Diese Einschnitte sorgten für intensive gesellschaftliche Auseinandersetzungen, welche die österreichische Sozialpartnerschaft auf eine harte Probe stellten. Dabei ist es für die Durchsetzbarkeit von Reformen von Vorteil, dass der Bundesrat als zweite Kammer des österreichischen Parlaments bei den meisten Gesetzen keine wirkliche Widerspruchsmöglichkeit besitzt, sondern nur ein aufschiebendes Veto einlegen kann. Zurzeit wird sogar über eine noch weitergehende Kompetenzverschiebung zugunsten des Bundes verhandelt, wobei die Vorschläge bis hin zu einer völligen Abschaffung des Bundesrates reichen.

Des Weiteren hat die Mitte-Rechts-Regierung unter Ministerpräsident Schüssel das Steuersystem reformiert. Die Körperschaftsteuer wurde von 34 auf 25 Prozent gesenkt, womit sich Österreich nicht zuletzt für den Standortwettbewerb mit den neu hinzugekommenen EU-Mitgliedsstaaten im Osten fit machen will. Statt fünf gibt es nun nur noch drei verschiedene Steuersätze bei der Einkommensteuer (23, 33,5 und 50 Prozent). Z Gegenfinanzierung dieser Maßnahmen nimmt die Regierung allerdings einen Anstieg des staatlichen Budgetdefizits in Kauf. Dementsprechend konnten in jüngerer Zeit auch keine Erfolge bei der Bekämpfung der Staatsverschuldung erzielt werden, die seit Jahren um die 7 Prozent-Marke pendelt.

Schulden abbauen

Österreich hat auf vielen Gebieten den richtigen Weg eingeschlagen, auch wenn sich die Erfolge mancher Neuerungen erst in einigen Jahren zeigen werden. Der Reformwille der Regierung erscheint zudem nach wie vor ausgeprägt. Das ist auch angebracht, denn es besteht weiterhin auf vielen Gebieten Handlungsbedarf. Wünschenswert wäre es z.B., das vergleichsweise komplizierte Steuerrecht zu vereinfachen. Dies würde den Wirtschaftsstandort Österreich attraktiver machen, Investitionen anziehen und so neue Arbeitsplätze schaffen. Das von der Regierung ausgegebene Ziel eines ausgeglichenen Staatshaushalts bis zum Jahre 2008 ist zu begrüßen. Um es auch tatsächlich zu erreichen, wird es jedoch größerer Anstrengungen bedürfen, als allein die verbliebenen Beteiligungen der ÖIAG zu verkaufen. Staatliche Ausgabenkürzungen und eine Verschlankung der Aktivitäten der öffentlichen Hand müssen hinzukommen, um die Staatsquote deutlich und nachhaltig zu senken und privatwirtschaftlichem Engagement mehr Raum zu lassen

Mehr Beschäftigung für Ältere schaffen

Im Bereich Arbeitsmarkt sollte vor allen der Gruppe der 55- bis 64-Jährigen größere Aufmerksamkeit geschenkt werden

Die Belastung der Sozialkassen durch die Alterung der Gesellschaft könnte stark verringert werden, wenn man für die älteren Arbeitnehmer stärkere Beschäftigungsanreize setzt und gleichzeitig ihre Beschäftigungsmöglichkeiten verbessert. Dazu würde beispielsweise gehören, die Möglichkeiten zur Frühverrentung - wie im Rahmen der Rentenreform geplant - weiter konsequent ein zuschränken. Zudem sollte die - sowohl im öffentlichen Bereich als auch in der Privatwirtschaft übliche - Kopplung der Löhne und Gehälter an das Lebensalter abgeschafft werden.

Insgesamt sind in Österreich aber bereits wichtige Weichen für nachhaltiges Wachstum und ein Bestehen im schärfe werdenden internationalen Wettbewerb gestellt worden. Österreich - erst seit 1995 Vollmitglied der Europäischen Union - hat gute Chancen, einer der Gewinner der EU-Erweiterung auf 25 Mitglieder zu werden. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass der Reformreifer aufgrund der bereits erreichten Erfolge in Bezug auf die noch verbliebenen Probleme nicht wieder erlahmt

Nach: Bertelsmann-Stiftung (2005), Standort-Check-Österreich

Der vollständige Text kann von der folgenden Internetseite abgerufen werden:

http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-0A000F0A-A6B1044C/stiftung/Standort_Check_Oesterreich.pdf
Bitte berücksichtigen Sie, dass ältere Links evtl. keine Verbindung mehr zu den angegebenen Seiten herstellen.

